



belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

ARBEITSMIGRATION UND FACHKRÄFTEMANGEL

■ ANALYSE	
Abstimmung mit den Füßen?	
Arbeitsmigration und Fachkräftemangel als Herausforderung für das belarussische Regime	2
Astrid Sahn, Berlin	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Bevölkerung, Gehälter, Arbeitsmarkt	5
■ DOKUMENTATION	
Belarussische Pressestimmen zum Präsidialdekret Nr. 9 vom 7. Dezember 2012	11
■ UMFRAGE	
Bewertung des Präsidialdekrets Nr. 9 vom 7. Dezember 2012	14
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 27. November 2012 bis 31. Januar 2013	15



Abstimmung mit den Füßen?

Arbeitsmigration und Fachkräftemangel als Herausforderung für das belarussische Regime

Astrid Sahn, Berlin

Zusammenfassung

Die zunehmende Abwanderung von Arbeitskräften ins Ausland scheint zu einer ernstzunehmenden Bedrohung für die belarussische Volkswirtschaft zu werden. Begünstigt durch die Eurasische Wirtschaftsunion und das hohe Lohngefälle ist Russland das Ziel der meisten Arbeitsmigranten. Die belarussische Führung begegnet diesen Tendenzen mit unterschiedlichen Instrumenten, wie Gehaltserhöhungen, Sanktionsdrohungen und einer aktiven Einwanderungspolitik. Weitergehende politische Implikationen der Arbeitsmigration sind damit unvermeidlich.

Glautb man den offiziellen Statistiken, dann gibt es keine signifikanten Abwanderungstendenzen von Arbeitskräften aus Belarus. So haben sich in den ersten neun Monaten des Jahres 2012 nur 5.779 Personen bei den belarussischen Behörden zwecks Arbeitsaufnahme ins Ausland abgemeldet. Allerdings ist die Zahl der offiziell erfassten belarussischen Arbeitskräfte in den ersten sieben Monaten von 2012 um 102.800 Personen auf 4.571.200 Beschäftigte gesunken. Dies bedeutet einen Rückgang um 2,2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Da gleichzeitig kein Anstieg der Arbeitslosigkeit erfolgt ist, lässt sich diese Differenz nur durch eine gestiegene Arbeitsmigration erklären.

Wie hoch ist der Migrationsdruck?

Bis 2010 konnte die kontinuierliche Zunahme der Anzahl der in der belarussischen Volkswirtschaft beschäftigten Menschen auf knapp 4,7 Mio. Arbeitskräfte als Ausdruck des kontinuierlichen wirtschaftlichen Wachstums und der damit verbundenen stetigen Verbesserung des Lebensstandards gesehen werden. Gleichwohl suchten bereits damals zahlreiche belarussische Bürger ihr Einkommen durch eine Tätigkeit im Ausland aufzubessern. So gingen dem Ministerium für Arbeit und Soziales zufolge in 2007 etwa 180.000 Belarussen einer Beschäftigung im Ausland nach, während in Belarus selber 4,37 Mio. Arbeitnehmer beschäftigt waren. Das Innenministerium ging im selben Jahr sogar von 307.000 Arbeitsmigranten aus, davon allein 300.000 in Russland. Dabei machte sich der Fachkräftemangel insbesondere im Bausektor bemerkbar.

Die Wirtschaftskrise des Jahres 2011 gab der Arbeitssuche vieler Belarussen im Ausland einen neuen Schub. Im Zuge der in mehreren Etappen vollzogenen Kursabwertung des belarussischen Rubels von 178 % gegenüber dem Euro sowie der zeitgleichen Inflation von 108,7 % verschlechterte sich der Lebensstandard vieler Belarussen deutlich. Belief sich das Durchschnittsgehalt vor der ersten Kursabwertung noch auf 513 US-Dollar, erreichte

es im November 2011 mit 280 US-Dollar seinen tiefsten Stand seit Mai 2006. Doch bereits im Dezember 2011 lag das Durchschnittsgehalt bei etwa 340 US-Dollar, um in den folgenden Monaten bis zum Jahresende 2012 erneut auf etwa 500 US-Dollar zu steigen. Auch die Inflation – wenngleich mit knapp 22 % in 2012 immer noch recht hoch – und der Wechselkurs des belarussischen Rubel blieben im Rahmen der offiziellen Prognosen. Erstaunlicherweise führte diese makroökonomische Stabilisierung und die damit verbundene erneute Verbesserung des Einkommensniveaus jedoch nicht zu einer Beruhigung der Abwanderungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt.

Expertenschätzungen zufolge liegt die tatsächliche Arbeitsmigration aus Belarus derzeit bei 150.000 Personen jährlich und liegt damit um das 30fache höher als die Zahlen der offiziellen belarussischen Statistik. Der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zufolge hielten sich 2012 zwischen 800.000 und 1,2 Mio. Belarussen im Ausland auf. Diese Schätzung wird durch die Ergebnisse der Volkszählung aus dem Jahre 2009 gestützt, denen zufolge sich 5,8 Mio. Menschen oder 62 % der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter befanden. Die Differenz zur Zahl der offiziell in Belarus beschäftigten Arbeitnehmer beläuft sich somit auf etwa 1,3 Mio. Personen. Zieht man hiervon die Zahl der Menschen ab, die aufgrund von Behinderung, Krankheit, familiären Umständen etc. keiner Beschäftigung nachgehen können oder wollen, ergeben sich die IOM-Zahlen.

Damit ist offensichtlich, dass die Bevölkerung nicht auf die Langfristigkeit der positiven wirtschaftlichen Entwicklung im Lande vertraut. Zudem ist das Durchschnittsgehalt in Russland mit über 800 US-Dollar in 2012 deutlich höher als in Belarus, und eine Arbeitsaufnahme im Nachbarland ist dank der aktiven Entwicklung der Eurasischen Wirtschaftsunion zwischen Belarus, Kasachstan und Russland mit keinerlei bürokratischen Hürden verbunden. Dementsprechend gehen 85 % bis 90 % aller Arbeitsmigranten einer Beschäftigung in Russland nach.

Rückwirkungen auf Wirtschaftsentwicklung

Die durch Beschäftigung im Ausland generierten Einkommen leisten bisher nur einen kleinen Beitrag zur Aufstockung der für die Menschen in Belarus verfügbaren Finanzmittel. Zwar sind die durch die Weltbank erfassten Finanztransfers von Belarussen aus dem Ausland in ihr Heimatland von 140 Mio. US-Dollar in 2002 auf 429 Mio. US-Dollar in 2011 gestiegen. Der Anteil der Transferleistungen am Bruttoinlandsprodukt blieb mit 0,6–0,7% in den letzten Jahren jedoch stets gleich niedrig. Etwa 90% aller Überweisungen erfolgen aus Russland, so dass sich auch hier die Präferenz für den russischen Arbeitsmarkt widerspiegelt. Folgt man der Weltbank in der Annahme, dass de facto nur knapp 30% der realen Geldflüsse erfasst werden, erhöht sich die Transferleistung auf knapp 2% des BIP. In Moldowa, dem Land mit den höchsten Transferleistungen in Europa, lag der Anteil in 2010 bei 23,2% des BIP. An erster Stelle innerhalb der GUS liegt Tadschikistan mit einem Anteil der Rücküberweisungen von 31% am BIP, an dritter Stelle folgt Kirgistan mit 20,8%, danach Armenien mit 8,8%. Selbst in der benachbarten Ukraine liegt der Anteil mit 3,9% höher als in Belarus.

Die durch die Transferleistungen leicht erhöhte Kaufkraft der Belarussen dürfte zudem vor allem in aus dem Ausland importierte Waren investiert werden und damit nicht zu einer erhöhten Nachfrage nach einheimischen Produkten beitragen. Für die belarussische Volkswirtschaft erleichtert die gesteigerte Arbeitsmigration ihrer Bürger daher kaum die Aufgabe, eine ausgeglichene Außenhandelsbilanz zu erzielen. Vielmehr macht sich inzwischen in vielen Wirtschaftszweigen ein akuter Fachkräftemangel bemerkbar, der vor allem die Konkurrenzfähigkeit der belarussischen Industrie zu beeinträchtigen droht. Besonders ausgeprägt scheinen die Abwanderungstendenzen zudem im Bildungssektor zu sein. Berücksichtigt man zudem die zunehmende Überalterung des wissenschaftlichen Personals an Hochschulen und Forschungsinstituten, ist mittelfristig mit einer weiteren Verschlechterung des Ausbildungsniveaus zu rechnen. Angesichts dessen, dass die hohe Ausstattung mit gut ausgebildeten Fachkräften traditionell eines der stärksten Argumente ausländischer Investoren für Geschäfte in Belarus ist, ist hier eine ernste Bedrohung zu sehen.

Divergierende politische Reaktionen

Bereits Ende 2011 schlugen zahlreiche Regierungsglieder, einschließlich Premierminister Michail Mjasnikowitsch, öffentlich Alarm, dass die Abwanderung von Fachkräften zu einem akuten Arbeitskräftemangel im Land führe, der sich besonders im Bausektor, im Maschinenbau und anderen Industriebereichen

bemerkbar mache. Im Kontrast hierzu leugnete Präsident Aljaksandr Lukaschenka noch bei seiner Pressekonferenz am 21. April 2012 die Brisanz der zunehmenden Arbeitsmigration. Unter Verweis auf die offizielle Migrationsstatistik betonte er, dass Belarus insgesamt über einen positiven Migrationssaldo verfüge. Gleichzeitig plädierte er für einen liberalen Ansatz, um hoch qualifizierte Fachkräfte im Land zu halten: »Wir haben eine offene Wirtschaft, wir sind ein offenes Land und halten niemanden bei uns fest. Wir müssen schlicht und ergreifend um die Menschen kämpfen, indem wir normale Bedingungen schaffen, damit die Menschen hier bleiben und auf ihrem eigenen Boden arbeiten.«

In der Tat betreibt Belarus eine aktive Zuwanderungspolitik zur Gewährleistung einer positiven Migrationsbilanz. Das im August 2011 verabschiedete »Nationale Programm für demographische Sicherheit der Republik Belarus für 2011–2015« sieht u. a. Maßnahmen vor, um »im Interesse der Republik Belarus« die Attraktivität des Landes für Zuwanderer zu erhöhen. Hierzu gehören beispielsweise Zuschüsse zur Finanzierung des Umzugs sowie Hilfe bei der Wohnungssuche und -einrichtung. Im postsowjetischen Raum sollen zudem aktive Werbekampagne insbesondere für Tätigkeiten in der belarussischen Landwirtschaft unter Verweis auf die komfortablen Häuser in den neu errichteten Agrostädten betrieben werden.

Der Erfolg dieser Zuwanderungspolitik ist bisher jedoch begrenzt. Zwar verfügt Belarus als einziges GUS-Land neben Russland tatsächlich über einen positiven Migrationssaldo. Allerdings ist der hierdurch erzielte Bevölkerungszuwachs minimal und gleicht beispielsweise die negative Differenz zwischen Geburts- und Sterberate nicht aus. Zudem ist ein großer Teil der Zuwanderer nicht mehr im arbeitsfähigen Alter, während die Mehrzahl der belarussischen Arbeitsmigranten zwischen 25 und 35 Jahre alt ist. Auch der offiziellen Statistik zufolge war der Arbeitsmigrationssaldo in den letzten 14 Jahren mit jährlich etwa 2.500 Personen negativ. Hinzu kommt ein Qualifikationsgefälle, da vorrangig niedrig qualifizierte Arbeitskräfte zuwandern, während bevorzugt hoch qualifizierte Facharbeiter abwandern.

Teuer erkaufter Gehaltsanstieg

Das zweite wichtige politische Instrument zur Drosselung der Abwanderung ist die Lohnpolitik. Zwischen November 2011 und November 2012 erhöhte sich das Durchschnittsgehalt um 73,9% und belief sich im November 2012 auf 4,24 Mio. Rubel. Die offensiven Anstrengungen zur Anhebung des Gehaltsniveaus auf die magische Grenze von 500 US-Dollar haben somit mehr als eine bloß populistische Funktion im Vorfeld von Wahlen. Dabei konzentrieren sich die Anstrengungen offensicht-

lich vorrangig auf die Hauptstadt Minsk, in der einerseits das Vertrauen in den belarussischen Präsidenten am niedrigsten und andererseits die Migrationsbereitschaft am höchsten ist. Dementsprechend groß ist die Differenz des Gehaltsniveaus zwischen den Regionen. So verdienen im November 2012 in Minsk 47 % der Arbeitnehmer über 5 Mio. Rubel, während es im Gebiet Wizebsk als Schlusslicht nur 9,9 % waren. Ebenso groß sind die Differenzen zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen: Spitzenverdiener sind der Finanzsektor und das Bauwesen, am unteren Ende befindet sich die Landwirtschaft.

Die negative Kehrseite dieses Gehaltsanstiegs besteht darin, dass er deutlich über dem Wachstum der Arbeitsproduktivität liegt und dementsprechend ein gleichzeitiges deutliches Wirtschaftswachstum ausschließt. So liegt das 2012 erzielte Wirtschaftswachstum mit 1,5 % – so die Mitte Januar veröffentlichten vorläufigen offiziellen Angaben – deutlich unter der Zielvorgabe der belarussischen Regierung von 5,5 %. Dies ist abgesehen vom Weltkrisenjahr 2009 der niedrigste Wert seit der Jahrtausendwende. Zudem bindet die volkswirtschaftlich nicht gedeckte Gehaltssteigerung wichtige Ressourcen, die eigentlich für die vielfach propagierte Modernisierung der Industrie benötigt werden.

Suggestion und Zwang

Angesichts der begrenzten Ressourcen scheint sich die belarussische Führung nicht mehr länger auf rein stimulierende Maßnahmen in ihrem Kampf gegen die Abwanderung von Arbeitskräften stützen zu wollen. So präsentierte Vizepremier Anatol Tosik bei seiner Rede in der belarussischen Nationalversammlung am 20. Dezember 2012 Neuberechnungen des belarussischen Gehaltsniveaus, wobei er sich auf UN-Methoden zur Bewertung der Kaufkraft stützte. Demnach entspreche das belarussische Durchschnittsgehalt im weltweiten Vergleich 980 US-Dollar und unterscheide sich damit nur unwesentlich vom russischen Durchschnittsgehalt mit 1.021 US-Dollar, während es in allen anderen GUS-Staaten deutlich niedriger liege. Obwohl entsprechende Bewertungen sich auch in Publikationen der Internationalen Organisation für Arbeit (ILO) finden und angesichts der kostenlosen medizinischen Grundversorgung in Belarus und anderen staatlichen Leistungen einer gewissen Plausibilität nicht entbehren, müssen sie in der aktuellen Situation in Belarus jedoch vor allem als Versuch der Schönrederei wahrgenommen werden.

Über die Autorin:

Dr. Astrid Sahn (*1968) ist Politikwissenschaftlerin und derzeit als Leiterin der Berliner Repräsentanz des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks in Dortmund tätig. Zu ihren Forschungsthemen gehören Fragen der Nationalstaatsbildung und der politischen Transformation sowie der Umwelt- und Energiepolitik im postsowjetischen Raum.

Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Auch vor Zwangsmaßnahmen schreckt der belarussische Präsident inzwischen nicht mehr zurück, um Fachkräfte in strategisch wichtigen Wirtschaftsbereichen zu halten. Das am 7. Dezember 2012 von Aljaksandr Lukaschenka unterzeichnete Dekret Nr. 9 »Über zusätzliche Maßnahmen zur Entwicklung der Holzverarbeitenden Industrie« soll Kündigungen von Arbeitnehmern vor Ablauf ihrer Vertragsdauer unterbinden. Die Entscheidung über vorzeitige Kündigungen wird de facto in die Kompetenz der Vorsitzenden der Gebietsexekutivkomitees gelegt. Im Falle der Kündigung wird zudem eine Rückzahlung sämtlicher erhaltenen Gehaltszahlungen erforderlich. Dieses Dekret, das in den unabhängigen belarussischen Medien als »Wiedereinführung der Leibeigenschaft« bezeichnet wurde, soll bis zum Abschluss der Modernisierungsmaßnahmen in der Holzverarbeitenden Industrie gelten. Angesichts der bestehenden Umgehungsmöglichkeiten und des negativen öffentlichen Echos muss jedoch bezweifelt werden, ob das Dekret tatsächlich eine Bindung von Fachkräften erreichen kann.

Perspektiven

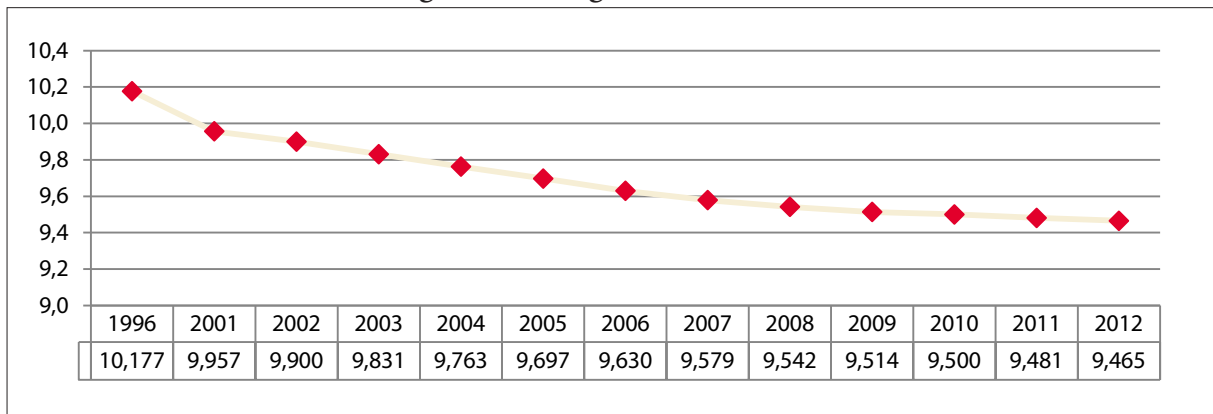
Infolge der wirtschaftlichen Integration mit Russland wird Belarus auch in Zukunft gezwungen sein, einen Anstieg des Lohngefälles zwischen den beiden Ländern zu verhindern, um den Fachkräftemangel nicht weiter zu verstärken. Die aktuelle Gehaltspolitik ist jedoch mit der angestrebten Modernisierung und einem größeren Wirtschaftswachstum nicht vereinbar. Weitere Zwangsmaßnahmen, wie Lukaschenkas Drohung, von allen Auswanderern die Rückzahlung sämtlicher erhaltenen Subventionen für Kommunalabgaben, medizinische Leistungen etc. zu verlangen, dürften lediglich einen negativen Effekt auf das ohnehin angeschlagene Rating des belarussischen Präsidenten haben.

Derzeit ist nicht absehbar, wie die belarussische Führung diesen Zirkelkreis durchbrechen will, ohne sich in weitere Abhängigkeit von Russland zu begeben. Zwar erkennt sie inzwischen an, dass die Reduzierung der Beschäftigtenzahl und die Steigerung der Arbeitsproduktivität Voraussetzungen für die weitere Verbesserung des Gehaltsniveaus sind. Und Präsident Lukaschenka hat bereits angekündigt, 25 % der Stellen im eigenen Staatsapparat abzubauen. Für die erforderliche wirtschaftliche Modernisierung wird dies alleine jedoch nicht ausreichend sein.

Lesetipps:

- Anastacia Bobrova u. a.: Social Impact of Emigration and Rural-Urban Migration in Central and Eastern Europe. Final Country Report Belarus, on the behalf of the European Commission, DG Employment, Social Affairs and Inclusion, April 2012
- Susanne Schmidt: Das Migrationspotenzial aus der GUS in die Europäische Union, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2012
- Aleksandr Lučenok / Irina Kolesnikova: Vlijanie migracionnyh potokov na social'no-ekonomičeskie pokazateli strany: opyt Belarusi, Belarus Public Policy Fund, Policy Paper #2/2011RU, Dezember 2011

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Bevölkerung, Gehälter, Arbeitsmarkt**Grafik 1: Offizielle Bevölkerungsentwicklung in Belarus (Mio.)**

Quelle: <http://belstat.gov.by/homep/ru/indicators/population.php>

Grafik 2: Offizieller Migrationssaldo in Belarus

Quelle: <http://belstat.gov.by/homep/ru/indicators/population.php>

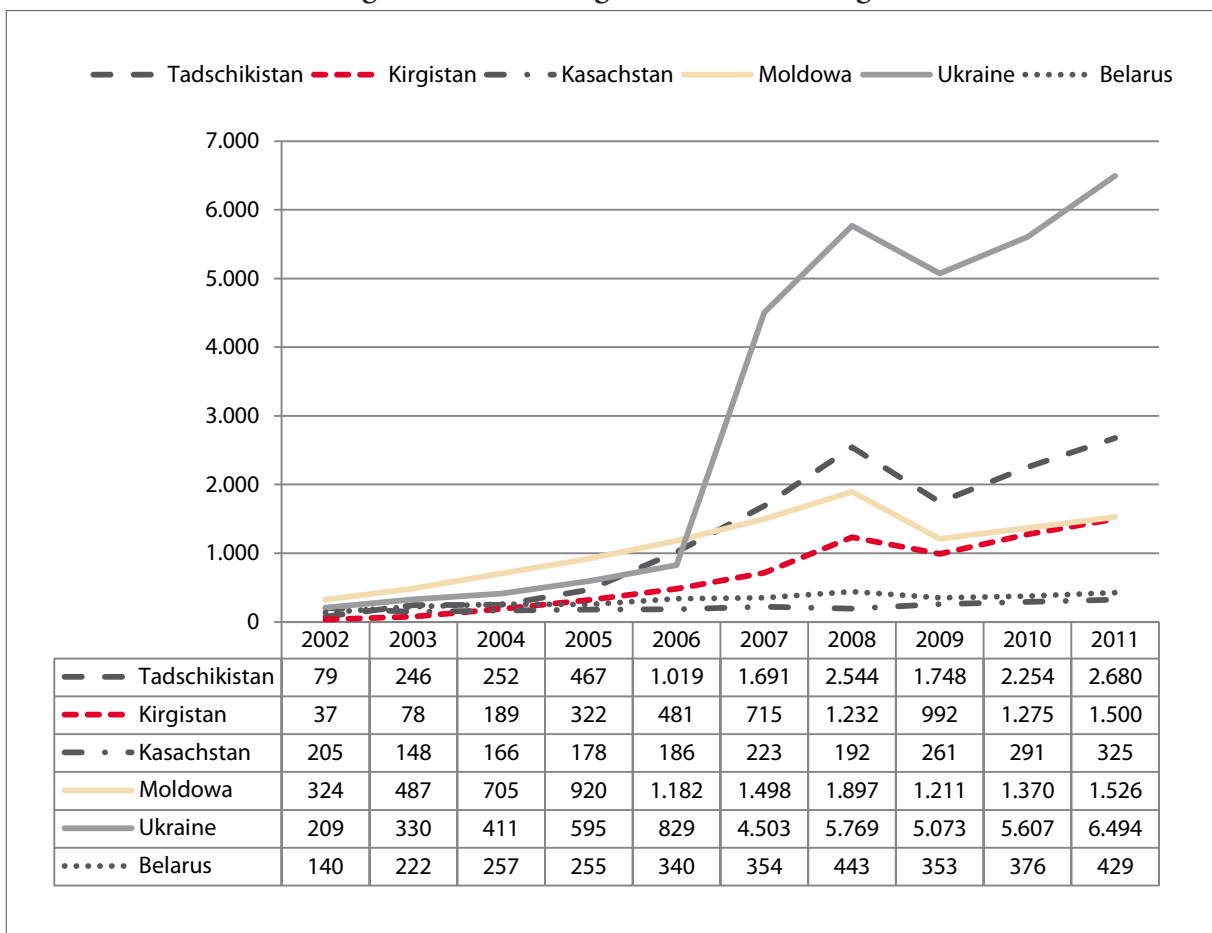
Tabelle 1: Offizieller Migrationssaldo in Belarus

	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Zuwanderung	206.839	209.767	216.803	217.331	225.946	231.178	238.317
Abwanderung	207.044	197.636	207.718	211.770	220.786	229.046	236.368
Saldo	-201	12.131	9.085	5.561	5.160	2.132	1.949

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Zuwanderung	239.815	238.505	236.553	264.849	228.429	213.386
Abwanderung	234.189	233.829	228.408	252.600	218.126	203.486
Saldo	5.626	4.676	8.145	12.249	10.303	9.900

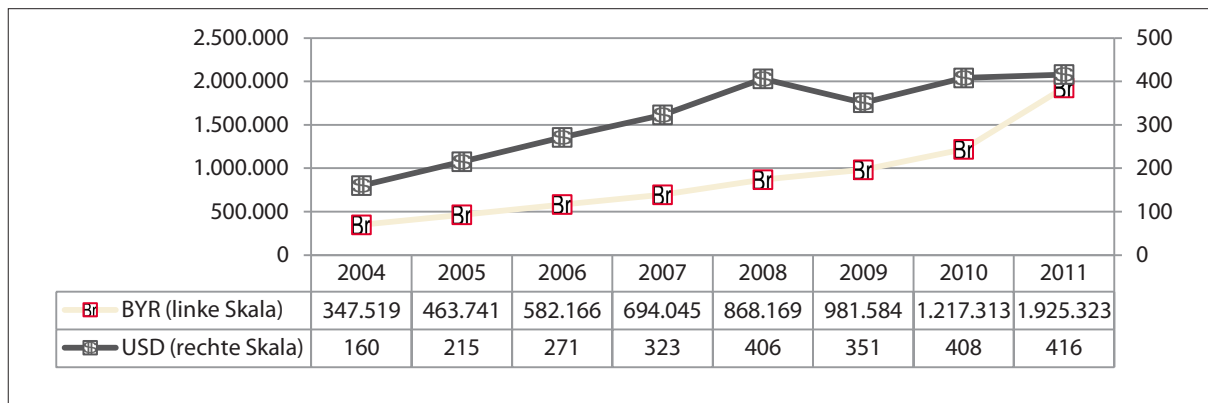
Quelle: <http://belstat.gov.by/homep/ru/indicators/population.php>

Grafik 3: Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten im GUS-Vergleich (in Mio. US-Dollar)



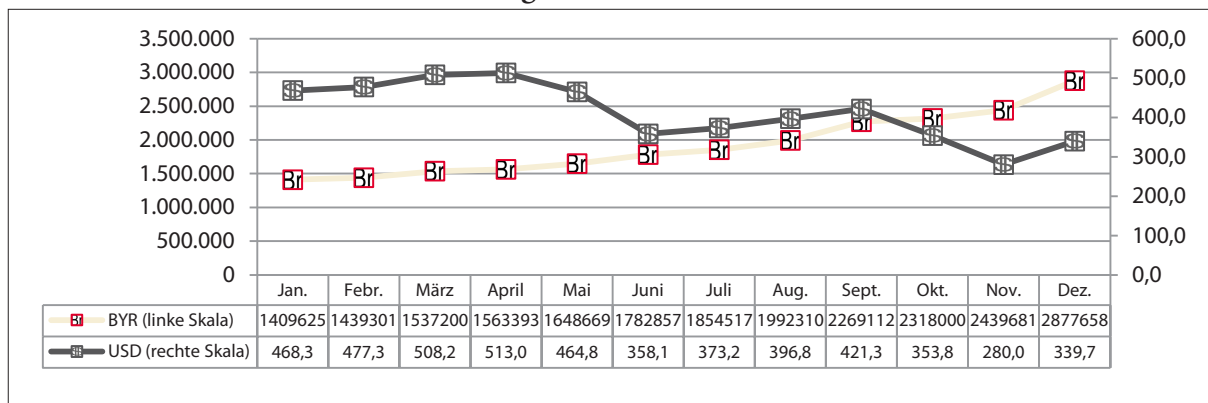
Quelle: <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/136853/statistik-tadschikische-arbeitsmigranten?show=image&k=3>

Grafik 4: Belarussisches Durchschnittsgehalt 2004–2011 in belarussischen Rubeln und US-Dollar



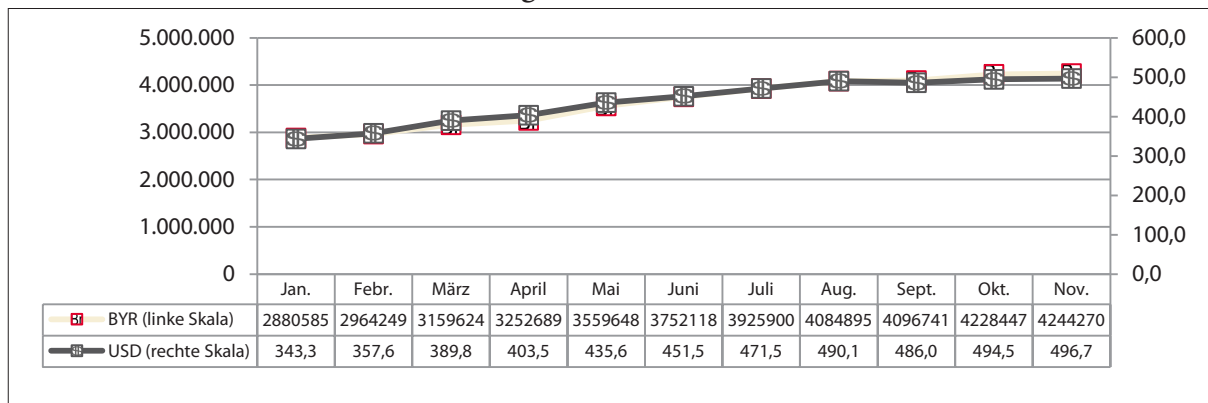
Quelle: <http://mojarzarplata.by/main/srednjaja-zarplata/dinamika-izmenenija-srednej-zarplaty-v-Belarusi-za-2004-2010-tablicy#-1-1>

Grafik 5: Belarussisches Durchschnittsgehalt 2011 in belarussischen Rubeln und US-Dollar

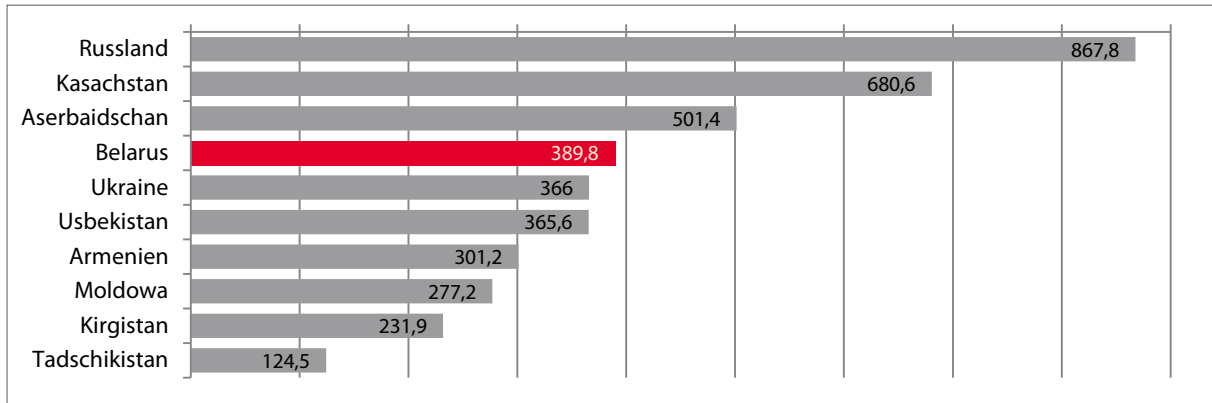


Quelle: <http://mojarzarplata.by/main/srednjaja-zarplata/dinamika-izmenenija-srednej-zarplaty-v-Belarusi-za-2004-2010-tablicy#-1-1>

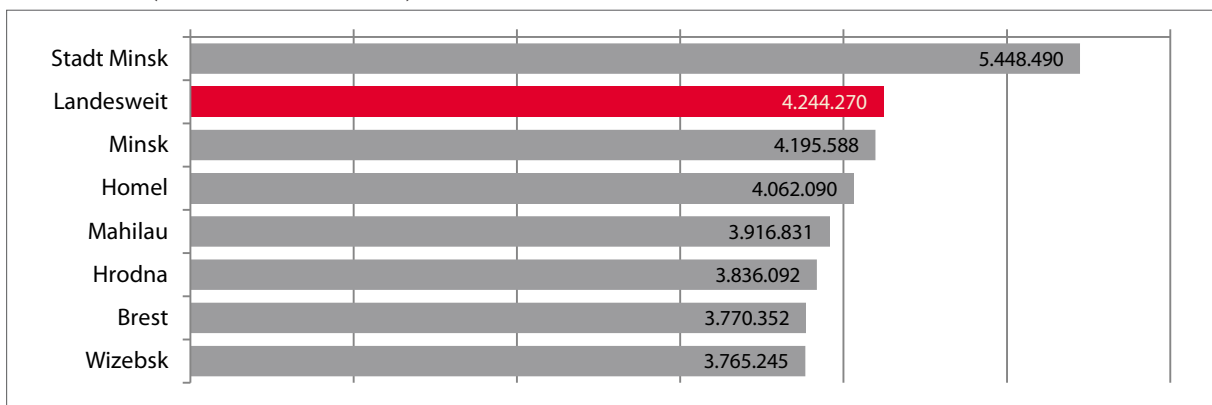
Grafik 6: Belarussisches Durchschnittsgehalt 2012 in belarussischen Rubeln und US-Dollar



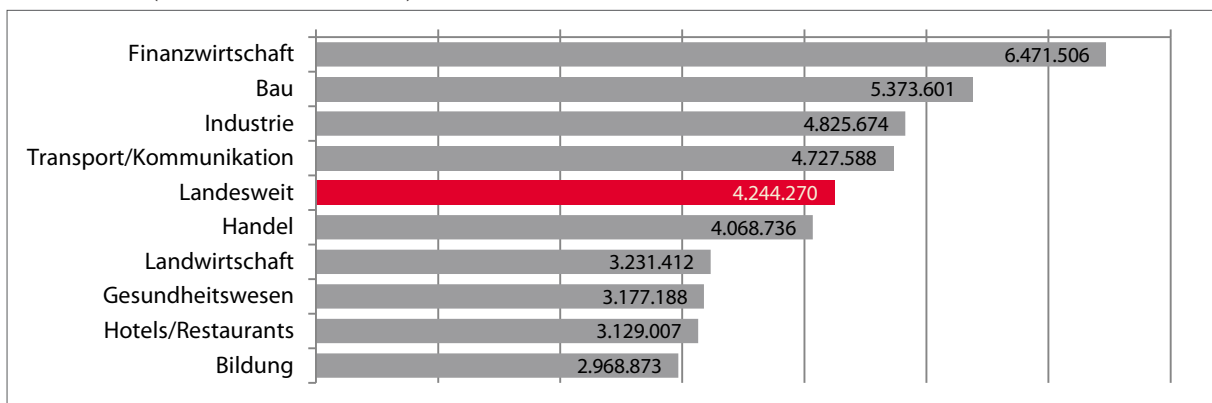
Quelle: <http://mojarzarplata.by/main/srednjaja-zarplata/dinamika-izmenenija-srednej-zarplaty-v-Belarusi-za-2004-2010-tablicy#-1-1>

Grafik 7: Belarussisches Durchschnittsgehalt im März 2012 im GUS-Vergleich (US-Dollar)

Quelle: http://www.trud.ru/article/10-07-2012/278487_komu_v_sng_zhit_xorosho/print

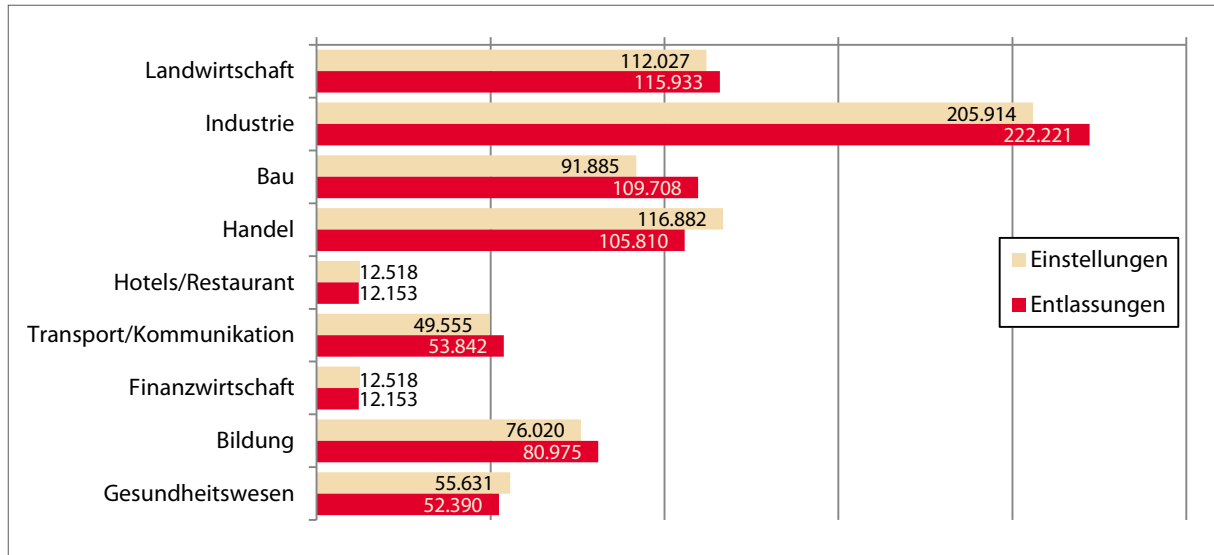
Grafik 8: Belarussisches Durchschnittsgehalt im November 2012 nach Regionen (belarussische Rubel)

Quelle: <http://belstat.gov.by/homep/ru/indicators/pressrel/salary.php>

Grafik 9: Belarussisches Durchschnittsgehalt im November 2012 nach Wirtschaftsbranchen (belarussische Rubel)

Quelle: <http://belstat.gov.by/homep/ru/indicators/pressrel/salary.php>

Grafik 10: Zahl der Einstellungen und Entlassungen im Januar–November 2012 für ausgewählte Wirtschaftsbranchen



Quelle: <http://belstat.gov.by/homep/ru/indicators/pressrel/employment1.php>

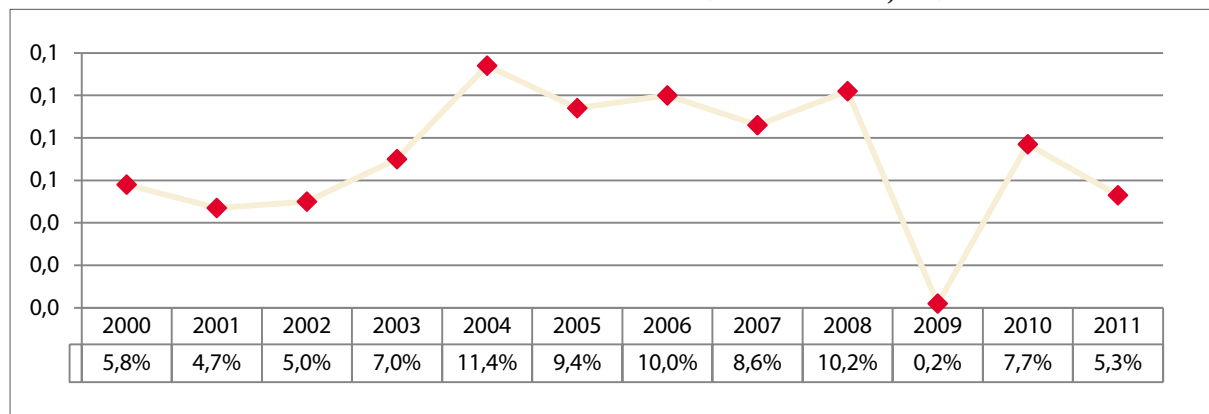
Tabelle 2: Zahl der Einstellungen und Entlassungen im Januar–November 2012 für ausgewählte Wirtschaftsbranchen

Branche	Landesweit	Landwirtschaft	Industrie	Bau	Handel
Einstellungen	821.160	112.027	205.914	91.885	116.882
Entlassungen	856.298	115.933	222.221	109.708	105.810
Differenz	-35.138	-3.906	-16.307	-17.823	11.072

Branche	Hotels/ Restaurant	Transport/ Kommunikation	Finanzwirtschaft	Bildung	Gesundheits- wesen
Einstellungen	12.518	49.555	12.518	76.020	55.631
Entlassungen	12.153	53.842	12.153	80.975	52.390
Differenz	365	-4.287	365	-4.955	3.241

Quelle: <http://belstat.gov.by/homep/ru/indicators/pressrel/employment1.php>

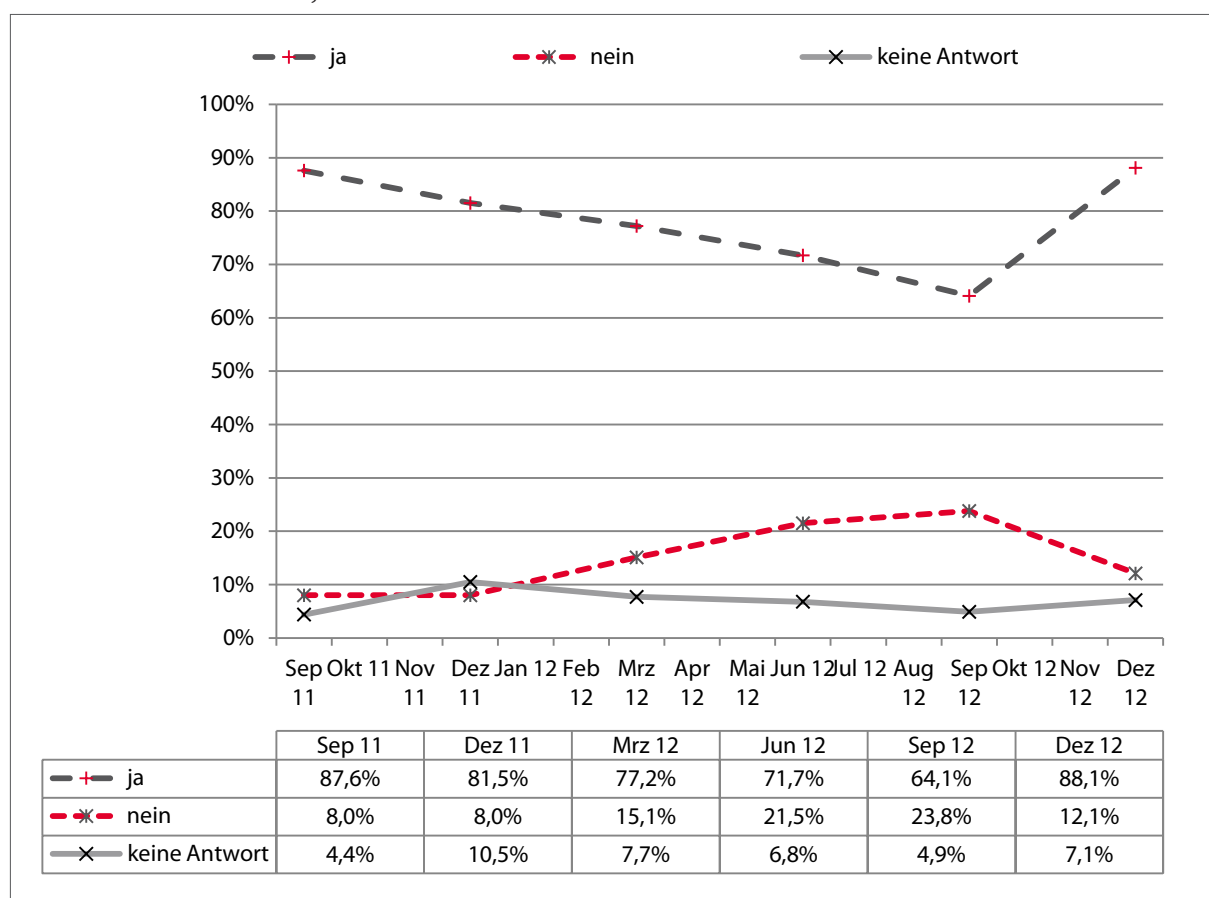
Grafik 11: Wirtschaftswachstum in Belarus seit 2000 (in % zum Vorjahr)



Quelle: <http://belstat.gov.by/homep/ru/indicators/gross.php>

Grafik 12: Meinungsumfrage über die belarussische Wirtschaftslage:

»Denken Sie, dass die belarussische Wirtschaft sich in einer Krise befindet?«



Quelle: IISEPS, *Infofocus*, November 2012, www.iiseps.org

IISEPS Poll December 2012, zit. nach BISS Polling Memo, http://democraticbelarus.eu/files/BISS_PM05_2013en.pdf

Belarussische Pressestimmen zum Präsidialdekret Nr. 9 vom 7. Dezember 2012

Das am 7. Dezember 2012 von Aljaksandr Lukaschenka unterschriebene Dekret Nr. 9 »Über zusätzliche Maßnahmen zur Entwicklung der Holzverarbeitenden Industrie« erschwert für Arbeitnehmer dieser Branche die Kündigung von Arbeitsverträgen, indem es eine Rückzahlung von erhaltenen Prämien im Falle der vorzeitigen Vertragsauflösung verlangt. Zudem kommt den Vorsitzenden der Gebietsexekutivkomitees erstmals eine Schiedsrichterfunktion bei Konflikten über die Vertragsauflösung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu.

Nach der faktischen Verstaatlichung der Süßwarenfabriken »Spartak« und »Kommunarka« im Oktober 2012 stellt das Dekret bereits den zweiten rigiden Wirtschaftseingriff des belarussischen Präsidenten im vierten Quartal 2012 dar. Die ausgewählten Pressestimmen verdeutlichen anschaulich die Zwiespältigkeit dieser Maßnahme.

BELTA

Lukaschenka: Hauptziel des Dekret Nr. 9 ist, dass alle Arbeiter und Fachleute sich voll verausgaben, 13.12.2012

[...] Seinen [i.e. Lukaschenkas] Worten zufolge besteht das Hauptziel des Dekrets darin, dass jeder Unternehmensdirektor »ein Vorgesetzter wie im Westen ist und alle Arbeiter und Fachleute sich voll verausgaben«.

In diesem Zusammenhang interessierte sich Aljaksandr Lukaschenka [bei seinem Besuch im Betrieb »Mahilaudrew«] dafür, ob die Abwanderung von Arbeitskräften im Unternehmen gestoppt sei. »Vergiss nicht, dass sie ohne Deine Kenntnis kein Recht auf Kündigung haben, und wer weggeht, wird hier Zwangsarbeit ausüben«, sagte Aljaksandr Lukaschenka zur Leitung von »Mahilaudrew«.

Gleichzeitig erinnerte das Staatsoberhaupt auch an die Verpflichtung der Direktoren, den Mitarbeitern das Gehalt zu erhöhen. Im ersten Quartal soll ein Gehaltsniveau von 450 – 500 US-Dollar erreicht werden. »Wenn wir die Menschen hier halten und zu arbeiten zwingen, dann müssen wir ihnen auch etwas Süßes geben«, betonte Lukaschenka. [...]

Quelle: http://naviny.by/rubrics/society/2012/12/13/ic_news_116_407218/

Naviny.by

Belarus lässt Kriegsgesetze der sowjetischen Zeit wieder aufleben, Dmitrij Sajaz, 18.12.2012

[...] Inzwischen ist unser Land wieder zu dem viel zitierten Gehaltsniveau von durchschnittlich 500 US-Dollar zurückgekehrt. Allerdings ist die Situation nicht überall eindeutig. In manchen Branchen liegt der Lohn deutlich unter dem Durchschnitt. In der Holzverarbeitenden Industrie, der die politische Führung des Landes derzeit so viel Aufmerksamkeit schenkt, liegt der Durchschnittsverdienst (3,7 Mio. Rubel) fast um ein Viertel unter dem Durchschnittslohn in der Industrie.

Selbstverständlich kann die materielle Unzufriedenheit zu Missstimmungen in den Belegschaften führen. Bis zu den Parlamentswahlen hat der Staat mit dem Versprechen, die Gehälter wieder auf das Niveau vor der Krise zu bringen, das Einkommen der Bevölkerung fortlaufend erhöht. Jetzt, nach den Parlamentswahlen, wird eine andere Strategie angewendet: mit administrativen Methoden sollen die Menschen gezwungen werden, bei ihren Arbeitsplätzen zu bleiben. [...]

Das Dekret Nr. 9 (vor allem angesichts der Erklärungen, es müsse wie in Kriegszeiten gearbeitet werden) erinnert stark an den Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 26. Juni 1940 »Über den Übergang zum Achtstundenarbeitstag, die siebentägige Arbeitswoche und über das Verbot des eigenmächtigen Verlassens von Betrieben und Einrichtungen durch Arbeiter und Angestellte«. Dieses Dokument verbot den Arbeitern, die Betriebe eigenmächtig zu verlassen. Eine unerlaubte Kündigung wurde mit Gefängnis bestraft.

In Belarus wird das »eigenmächtige Verlassen« mit Zwangsarbeit bestraft. Gefängnis droht den Betriebsleitern: Als er am Montag den neuen Direktor von »Kamwol« ernannte, zeigte Aljaksandr Lukaschenka ihm seine Perspektiven

auf: »Wenn Du es nicht schaffst, sperre ich Dich ein!« Die Zwangsinstrumente, welche in Belarus angewandt werden, sind somit denen, die zu Kriegszeiten in der Sowjetunion galten, sehr ähnlich.

[...]

Quelle: http://naviny.by/rubrics/society/2012/12/18/ic_articles_116_180245/

Charter97

Vom »Sklavendekret« sind 13.000 Menschen betroffen, 21.12.2012

Geiseln des Dekrets Nr. 9 sind 13.047 Personen, dies ist die offizielle Zahl der Mitarbeiter in den neun Holzverarbeitenden Betrieben. Damit ist die Zahl der Mitarbeiter gegenüber 2011 in allen Betrieben (Wizebskdrew, Homeldrew, Barisaudrew, Iwazewitschdrew, Mosyrdrew, Mastaudrew, FanDOK und Retschizadrew) lediglich um 95 Personen zurückgegangen. Selbstverständlich fällt der Rückgang bzw. der Anstieg in einzelnen Betrieben deutlicher aus.

[...]

Obwohl es Probleme mit dem Weggang von Fachleuten gibt, sieht es insgesamt nicht so kritisch aus, dass man für einen Ausnahmezustand typische Maßnahmen ergreifen müsste und dabei das Risiko eingeht, von der ILO mit Sanktionen belegt zu werden. Allerdings ist nicht zu vergessen, dass das Dekret auch für Bauarbeiter und andere Auftragnehmer gilt, die an der Modernisierung der Holzverarbeitenden Betriebe mitwirken. [...]

Quelle: <http://charter97.org/ru/news/2012/12/21/63103/>

Argumenty i fakty

... Beschleunigt das Dekret Nr. 9 die Modernisierung? Anna Krjutschkowa, Nr. 2, 9.1.2013

[...]

Es kommentiert Stepan Pawlowitsch, Mitglied der Freien Gewerkschaft der Metallarbeiter:

Entsprechende Methoden wurden bereits in unserer Geschichte angewandt. Das sind aus meiner Sicht Schreckgespenster, die das Problem der Facharbeiter und der Modernisierung nicht lösen. Mit solchen Vorschriften kann man nur diejenigen einschüchtern, die nichts über ihre Rechte wissen. Diejenigen, die die Gesetzgebung kennen, die Regeln der Internationalen Arbeitsorganisation, können wählen und haben sogar unter diesen Rahmenbedingungen einen Handlungsspielraum. Wenn man einem Vertrag nicht traut, kann man ihn beispielsweise nur für drei Monate abschließen. Diese Möglichkeit ist in der Gesetzgebung vorgesehen.

[...]

Quelle: <http://www.aif.by/ru/questions/item/20066-decret.html>

BelaPAN

Jaraschtschuk glaubt, dass die belarussischen Arbeiter noch nicht bereit sind, gegen das Dekret Nr. 9 zu protestieren, 18.12.2012

Der Chef des Belarussischen Kongresses der demokratischen Gewerkschaften (BKDP) Aljaksandr Jaraschtschuk meint, dass das Präsidialdekret Nr. 9 »Über zusätzliche Maßnahmen zur Entwicklung der Holzverarbeitenden Industrie« für die belarussischen Arbeiter noch kein Anlass für Protest ist.

[...] »In den Menschen sitzt echte Furcht, Angst der Arbeiter um ihre Arbeitsplätze, dem muss man mit Verständnis begegnen«, erklärte Jaraschtschuk. »Ich würde nicht behaupten, dass morgen in Pinsk, Mahilau oder Wizebsk die Proletarier auf die Straße gehen und die Macht davonjagen.«

In den Betrieben der Holzverarbeitenden Industrie ist übrigens nicht eine unabhängige Gewerkschaft aktiv. Der Leiter des BKD erinnerte daran, dass in diesem Jahr im Unternehmen »Pinskhdrew« ein massenhafter Austritt von Arbeitern aus der offiziellen Gewerkschaftsföderation von Belarus erfolgt ist. Bis zur Bildung einer alternativen Gewerkschaftsorganisation ist der Prozess jedoch nicht gediehen.

[...]

Quelle: http://naviny.by/rubrics/society/2012/12/18/ic_news_116_407521/

BelaPAN

Der ILO-Chef ist bereits über das Dekret Nr. 9 informiert, 18.12.2012

[...] Am 17. Dezember wurde das Dekret von der Repräsentantenkammer der Nationalversammlung »zur Kenntnis genommen«. Die Ministerin [für Arbeit und Soziales] Schtschjotkina, die das Dokument den Abgeordneten vorstellte, erklärte, dass es »keine Empörung von Seiten der Arbeitnehmer« gebe.

Im Interview mit BelaPAN betonte sie, dass das Dekret zeitlich auf den Zeitraum der Modernisierung der Unternehmen begrenzt sei. »Fast alle Investitionsprojekte, die mit den holzverarbeitenden Unternehmen verbunden sind, enden in 2013–2014. Es handelt sich also nicht um 7–10 Jahre, so dass man aufschreiben könnte: Ach, wie ist das schrecklich! Deshalb können die Verträge mit den Arbeitnehmern beispielsweise auch für nur sechs Monate abgeschlossen werden, oder für vier Monate oder sogar für nur 20 Tage«, hob die Ministerin hervor.

Quelle: http://naviny.by/rubrics/politic/2012/12/18/ic_news_112_407510/

Snamja junosti

Warum das Dekret Nr. 9 notwendig ist, Vera Michajlowa / Natalja Urjadowa, 19.12.2012

Meinungen:

Wladislaw Zylik, stellvertr. Vorsitzender des Ausschusses für Agrarpolitik der Repräsentantenkammer:

[...] Ein solches Dokument wurde in unserem Land zum ersten Mal verabschiedet. Seine Funktion besteht nicht darin, irgendwelche Rechte zu beeinträchtigen, wie es einige darzustellen versuchen, sondern es soll die Arbeiter stimulieren. Was ist beispielsweise schlecht daran, dass das Dekret Nr. 9 dem Menschen seinen Arbeitsplatz garantiert? Zudem ist die Zahlung von monatlicher materieller Hilfe vorgesehen, die der Arbeitnehmer zusätzlich zum Gehalt erhalten wird. Ist das etwa schlecht? Ja, es wird jetzt schwieriger ein Unternehmen zu verlassen. Doch wenn der Arbeitgeber seine Einwilligung verweigert, kann man sich an den Vorsitzenden des Gebietsexekutivkomitees wenden, der die endgültige Entscheidung trifft. Im schlimmsten Falle muss man die bisher erhaltenen Zulagen zurückzahlen. Aber wir müssen verstehen, dass die begonnenen Investitionsprojekte nur von qualifizierten Fachleuten vollendet werden können, welche alle Details der technologischen Prozesse beherrschen.

[...]

Der Politologe Juryj Zarik:

Das Dekret soll die Arbeitnehmer in der holzverarbeitenden Industrie, in deren Modernisierung der Staat Geld gesteckt hat, motivieren bis zum Abschluss dieser Projekte in ihren Betrieben zu bleiben, d. h. solange bis der Staat aus diesen Projekten einen realen Gewinn erhält. De facto schützt der Staat auf diese Weise seine Investitionen. Heute gibt es gewisse Abwanderungstendenzen bei Fachkräften nach Russland und in andere Länder. Das Dekret Nr. 9 soll diesen Tendenzen entgegenwirken. Meiner Ansicht nach sind diese Maßnahmen vollkommen gerechtfertigt und kommen zum richtigen Zeitpunkt. Denn die Welt tritt, den Markttendenzen nach zu urteilen, in die zweite Phase der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ein. Der schnellstmögliche Abschluss der Modernisierungsprojekte gehört daher zu den strategischen Interessen von Belarus, die direkt mit der nationalen Sicherheit des Landes verbunden sind. [...]

Quelle: <http://zn.by/pochemu-neobkhodim-dekret-%E2%84%96%C2%A09.html>

Swobodnye nowosti-plus

Wird das Vertragssystem in der Holzverarbeitung nur auf wenige Facharbeiter angewandt?

Ales Pilezkij, 29.1.2013

[...] Anfang Dezember hat Aljaksandr Lukaschenka mit seinem Furore machenden Dekret den Arbeitern der holzverarbeitenden Industrie das Recht auf Kündigung genommen. Sie sollten alle in das Vertragssystem überführt werden und Gehaltszahlungen erhalten. Doch in der Praxis sieht alles ganz anders und weniger schrecklich aus.

Die stellvertretende Direktorin für ideologische Arbeit des Babrujsker Unternehmens »FanDOK« berichtet, dass das Vertragssystem nur für die Mitarbeiter Anwendung findet, die aktiv in Modernisierungsprozesse einbezogen sind.

[...] Tatsächlich heißt es im Dekret, dass der Vertragsabschluss mit den Mitarbeitern nur für den »Zeitraum von Investitionsprojekten« geplant ist. Ob dies für alle Mitarbeiter gilt oder nur für diejenigen, die daran direkt beteiligt

sind, wird nicht präzisiert. Deshalb dürfte es schwierig sein, der Leitung von »FanDOK« einen Verstoß nachzuweisen, auch wenn die neuen Regeln nur auf eine geringe Zahl von Mitarbeitern des Unternehmens angewandt werden.

»Ich denke, dass mindestens zehn Personen einbezogen werden. Dabei wird es sich um die wichtigsten technischen Mitarbeiter handeln, wie den Chefindenieur, den Chefmechaniker, den Chefelektriker.«

Die Gesamtzahl der Mitarbeiter des Babrujsker Unternehmens liegt bei 1.740 Personen. Dementsprechend wird der Abschluss von 10 Verträgen die Lage im Unternehmen nicht wesentlich beeinflussen.

[...]

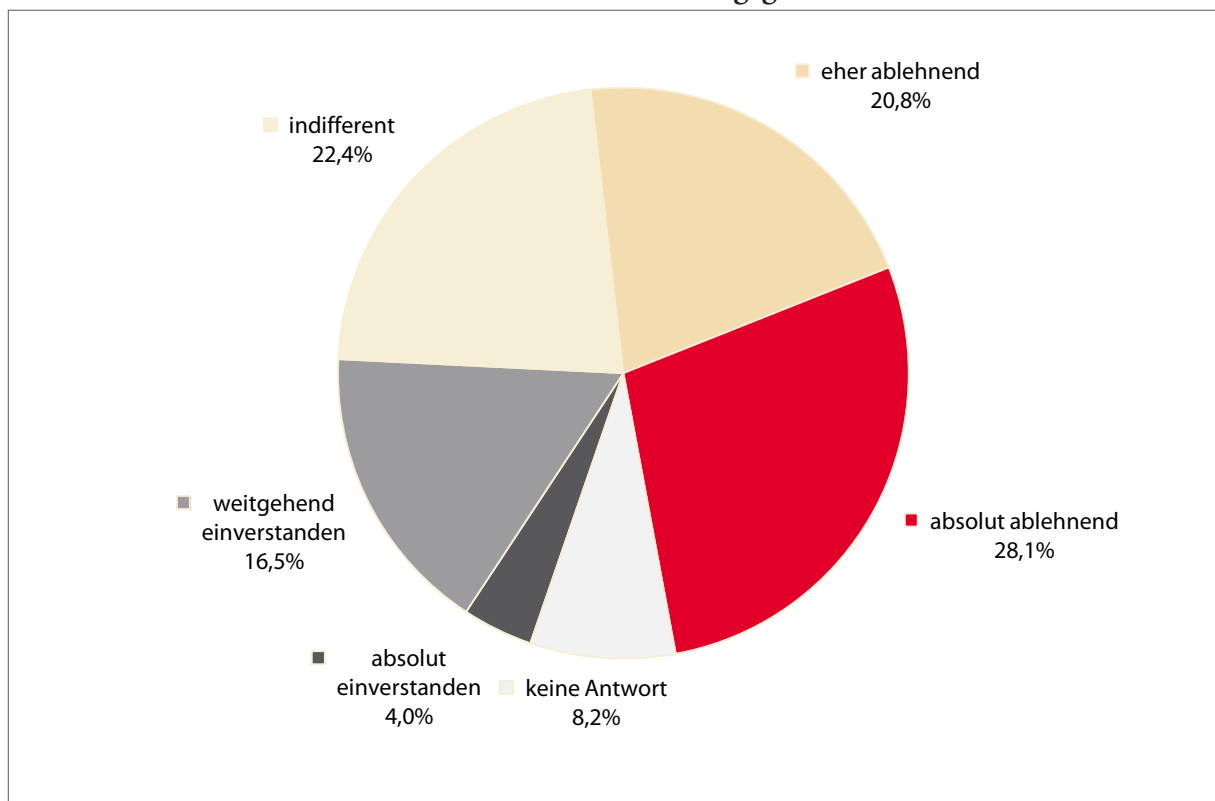
Quelle: <http://www.sn-plus.com/ru/page/news/1625/>

Zusammengestellt und übersetzt von Astrid Sahm

UMFRAGE

Bewertung des Präsidialdekrets Nr. 9 vom 7. Dezember 2012

Grafik 1: »Wie stehen Sie dem Inhalt des Dekrets Nr. 9 gegenüber?«



Quelle: Umfrage vom 21.–25.12.2012; Dr. Andrey Wardomatsky, End-of-Year Public Opinion Poll, Belarusian Analytical Workroom, No 6, January 2013

Vom 27. November 2012 bis 31. Januar 2013

29.–30.11.2012	Das 4. Zivilgesellschaftliche Forum im Rahmen der Östlichen Partnerschaft der EU tagt mit 300 Teilnehmern in Stockholm. Belarus ist mit 23 Organisationen vertreten. Es werden Fortschritte bei der Institutionalisierung des Forums durch die Registrierung seines Sekretariats nach belgischem Recht als ständige Vertretung in Brüssel erzielt. Das Forum verabschiedet eine Erklärung »Über die Repressionen gegen die Zivilgesellschaft in Belarus«. Eine weitere Erklärung zur Atomenergie ruft die Regierungen aller Länder, in denen AKW-Baupläne existieren, auf, diese Entscheidung zu überdenken.
02.12.2012	Das deutsche Verteidigungsministerium beschließt mit Verweis auf die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in Belarus den Militärattaché-Stab an der deutschen Botschaft in Minsk abzuziehen. Im September 2012 war bereits die militärische Kooperation mit Belarus eingeschränkt worden. Das Verteidigungsministerium reagiert damit offensichtlich auf die kritischen Berichte in deutschen Medien über die über 2010 hinaus fortgesetzte deutsch-belarussische Sicherheitskooperation. Zudem hatte die belarussische Seite im Gegenzug ihrerseits die Einstellung der bilateralen Militärkooperation beschlossen.
03.12.2012	Die stellvertretende Außenministerin Alena Kuptschyna trifft sich in Minsk mit dem polnischen Botschafter.
03.12.2012	Anlässlich des Internationalen Tags der Menschen mit Behinderung ruft das belarussische Büro für die Rechte von Behinderten die Regierung dazu auf, die Unterzeichnung und Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen nicht länger aufzuschieben.
05.12.2012	Präsident Lukaschenka nimmt am GUS-Gipfel in Aschabat (Turkmenistan) teil.
07.12.2012	Präsident Lukaschenka unterzeichnet das Dekret Nr. 9 »Über zusätzliche Maßnahmen in der Holzverarbeitenden Industrie«, mit dem das Kündigungsrecht der in diesem Bereich beschäftigten Arbeitnehmer eingeschränkt werden soll. Das Dekret wird am 17. Dezember vom Repräsentantenhaus gebilligt.
07.12.2012	Der Anti-Krisenfonds der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft beschließt die Auszahlung der vierten Tranche des Stabilisierungskredits an Belarus. Die Tranche des auf drei Jahre angelegten 3-Millionen-Dollar-Kredits beläuft sich auf 440 Mio. US-Dollar. Seit Juni 2011 hat Belarus bereits 1,68 Mio. US-Dollar der Kreditsumme erhalten, obwohl die mit der Kreditbewilligung verbundenen Privatisierungsaufgaben bisher nicht umgesetzt wurden. Die Auszahlung der vierten Tranche erfolgt de facto erst am 31.01.2013.
08.12.2012	In Minsk findet der Gründungskongress der NGO »Ljamba« statt. Es handelt sich dabei um den dritten Versuch nach 2009 und 2011 eine Vereinigung zum Schutz der Rechte von sexuellen Minderheiten zu gründen.
12.12.2012	Das belarussische Informationsministerium lehnt den Antrag auf Umregistrierung der Zeitschrift »Arche« ab, weil der als neuer Chefredakteur vorgesehene Ales Paschkewitsch nicht über die erforderliche Qualifikation (u. a. 5 Jahre Managementenerfahrung) verfüge. Die Konten der Zeitschrift sind seit dem 4. Oktober gesperrt. Der bisherige Chefredakteur Valer Bulhakau setzte sich im November aus Angst vor weiterer Strafverfolgung nach Litauen ab, nachdem er im Oktober zu einer Geldstrafe wegen gesetzwidriger unternehmerischer Tätigkeit verurteilt worden war. Anlass für die Verfolgung bildete die Präsentation eines Buches über die Geschichte von West-Belarus im September 2012 in Hrodna.
16.12.2012	Der Fernsehkanal »Belarus 1« diskreditiert in einem Beitrag den EU-Modernisierungsdialo mit Belarus als »Pseudomodern« (so auch der Sendungstitel).
17.12.2012	Beim Besuch des Textilunternehmens »Kamwol« entlässt Präsident Lukaschenka den Generaldirektor des für die Leichtindustrie zuständigen Konzerns »Bellegprom« und erklärt den Chefingenieur zum provisorischen Leiter. Gleichzeitig ordnet er die Modernisierung des Unternehmens, dessen technische Ausstattung zu 82,5% über 20 Jahre alt ist, bis 2015 an.
17.12.2012	Gunnar Wiegand, Zuständiger für Russland, die Länder der Östlichen Partnerschaft, Zentralasien und OSZE innerhalb des Europäischen Auswärtigen Dienstes trifft in Minsk mit Außenminister Makej zusammen. Dem belarussischen Außenministerium zufolge drehte sich das Gespräch um den Stand und Wege zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Belarus und der EU.
21.12.2012	Außenminister Makej trifft sich in Minsk mit den Botschaftern Estlands und Großbritanniens.
21.12.2012	Die NGO »Den Kindern von Tschernobyl«, deren Gründer bereits 1989 erste Kindergruppen zur Erholung ins Ausland entsandten, gibt ihre Auflösung bekannt. Laut ihrem Vorsitzenden Henads Hruschawy hat die Organisation ihre Mission erfüllt, da die betroffenen Kinder inzwischen erwachsen seien und sich selbst helfen müssten.
22.12.2012	Die »Belgasprombank« erhält von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung einen Rubelkredit in Höhe von umgerechnet 20 Mio. US-Dollar zur Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen.

26.12.2012	Der seit Dezember 2010 in Haft befindliche Vorsitzende der »Jungen Front« Smizer Daschkewitsch heiratet im Hrodnaer Gefängnis Nr. 1 seine Freundin Nastassja Palashenka, die zugleich stellvertretende Vorsitzende der »Jungen Front« ist. Die Hochzeit gibt dem Paar die Möglichkeit zu einem ersten Treffen nach zwei Jahren.
28.12.2012	Das russische Energieministerium teilt mit, dass bisher kein Abkommen über die russischen Erdöllieferungen mit Belarus für 2013 unterzeichnet wurde. Aljaksandr Lukaschenka hatte am 21. Dezember öffentlich verkündet, dass Russland der Lieferung von 23 Mio. Tonnen zugestimmt habe, obwohl Russland bisher nur 18,5 Mio. zugesagt hatte. Die Verhandlungen sollen im 1. Quartal 2013 fortgesetzt werden.
31.12.2012	Russlands Präsident Putin unterzeichnet das Gesetz zur Ratifizierung des Gaspreis-Abkommens mit Belarus für 2013. Demnach soll Belarus maximal 23 Mrd. m ³ Gas für 4,1 Mrd. US-Dollar erhalten. Zudem sollen über die Leitungen von »Beltransgas« bis zu 60 Mrd. m ³ Gas in Drittländer transportiert werden. Dies wäre eine Steigerung um 34,8% gegenüber 2012. Das Gesetz war bereits vorher durch die Duma und den Förderationsrat gebilligt worden.
01.01.2013	Das neue Gesetz »Über soziale Versorgung« tritt in Kraft. Es sieht erstmals die Vergabe von sozialen Dienstleistungen an NGOs gegen Bezahlung aus staatlichen Haushaltsmitteln vor.
05.01.2013	Das Nationale Statistische Komitee korrigiert seine Angaben zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in den ersten drei Quartalen des Jahres 2012. Im ersten Quartal 2012 ist das BIP demnach um 3,4% statt um 3,1% gewachsen, im 2. Quartal um 3% statt um 2,9% und im 3. Quartal um 3,1% statt um 1,9%.
12.01.2013	Aljaksandr Lukaschenka bekräftigt gegenüber der Regierung seine Absicht, die Mitarbeiterzahl im Staatsapparat im ersten Halbjahr 2013 um 25% zu kürzen und die Gehälter der verbleibenden Mitarbeiter zu erhöhen. Laut Premierminister Mjasnikowitsch werden insgesamt etwa 13.000 Personen von den Stellenstreichungen betroffen sein. Bereits jetzt hat Belarus nach offiziellen Angaben einen im europäischen Vergleich kleinen Staatsapparat. Demnach sind lediglich 3,6% der Beschäftigten in Regierungsstrukturen beschäftigt gegenüber 8,9% in Belgien oder 6,5% in Tschechien.
14.01.2013	Belarus zahlt eine weitere Rate in Höhe 99 Mio. US-Dollar zur Tilgung des 2009–2010 vom Internationalen Währungsfonds erhaltenen Stabilitätskredits zurück. In 2013 muss Belarus insgesamt 1,61 Mio. US-Dollar an den IWF zurückzahlen.
14.–15.01.2013	Eine Delegation des Europarats unter Leitung von Bjorn Berge, Büroleiter von Generalsekretär Thørbjorn Jagland, trifft in Minsk u. a. mit Außenminister Makej, Vertretern des Justizministeriums und Abgeordneten der Nationalversammlung zusammen.
15.01.2013	Aljaksandr Lukaschenka hält eine fünfstündige Pressekonferenz ab, zu der über 350 in Belarus tätige Journalisten von staatlichen und unabhängigen Medien eingeladen sind. Lukaschenka kommentiert während der Konferenz alle wichtigen Entwicklungen des Jahres 2013 und antwortet auf Fragen. U. a. verneint er die Existenz eines Reiseverbots für die Journalistin Iryna Chalip und einer Verbotsliste für die Auftritte unliebsamer Musikgruppen.
18.01.2013	Aljaksandr Lukaschenka ernennt Pjatr Prakapowitsch zum stellvertretenden Ministerpräsidenten. Der ehemalige Nationalbankchef, der zu Beginn der Finanzkrise im Frühjahr 2011 aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten war, soll die Erfüllung der wirtschaftlichen Planziele, die Haushaltsdisziplin sowie die Modernisierung der belarussischen Wirtschaft gewährleisten.
18.01.2013	Der belarussische Außenminister Makej trifft sich mit den Botschaftern der EU-Länder, des Vatikans, der Schweiz und der USA, um den Stand und die Perspektiven der bilateralen und multilateralen Beziehungen zu besprechen.
21.01.2013	Aljaksandr Lukaschenka ernennt Viktor Schejman zum neuen Leiter der Präsidialverwaltung. Viktor Schejman gehört zu den loyalsten Verbündeten Lukaschenkas. Er hatte bereits zahlreiche Spitzenpositionen inne und leitete u. a. 2004–2006 die Präsidialadministration. Laut internationalen Recherchen gehört Schejman zu dem Personenkreis, der 1999 das Verschwinden der Oppositionspolitiker Viktor Hantschar und Juryj Sacharenka und weiterer Personen veranlassten. Seit 2009 war er Persönlicher Referent des Präsidenten für Sicherheitsfragen.
21.01.2013	Eine Delegation des US-amerikanischen Forschungszentrums Jamestown mit Präsident Glen E. Howard an der Spitze erhält die Gelegenheit zu Gesprächen mit Präsident Lukaschenka, Außenminister Makej, Vertretern des Verteidigungsministeriums, der Eisenbahn sowie der polnischen Gemeinschaft in Lida.
24.01.2013	Die SPD vergibt ihren 2. Internationalen Willy-Brandt-Preis an den norwegischen Premierminister Stoltenberg. Den Sonderpreis für politischen Mut erhält der seit Dezember 2010 inhaftierte belarussische Oppositionspolitiker und ehemalige Präsidentschaftskandidat Mikola Statkewitsch. Stellvertretend für ihn nahmen seine beiden Töchter und seine Ehefrau Maryna Adamowitsch den Preis in Empfang.

24.01.2013	Günter Verheugen, EU-Kommissar für Unternehmen und Industrie a. D., spricht auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), der Robert Bosch Stiftung und des belarussischen »Liberalen Klubs« zum Thema »Zukunft und Vergangenheit der Europäischen Union« in der Internationalen Bildungs- und Begegnungsstätte »Johannes Rau« in Minsk sowie im Institut für Deutschlandstudien an der Belarussischen Staatsuniversität.
26.01.2013	Aljaksandr Lukaschenka gratuliert Tennisstar Victoria Azarenka telefonisch zu ihrem Sieg bei den Australian Open.
28.01.2013	Die Journalistin Iryna Chalip, zu 2 Jahren Bewährungsstrafe verurteilte Ehefrau des emigrierten Ex-Präsidenten Andrej Sannikau, reicht bei der für sie zuständigen Polizeibehörde einen Antrag auf eine je einwöchige Reise nach Großbritannien und Russland ein.
29.01.2013	Präsident Lukaschenka und Außenminister Makej besprechen die Perspektiven der Beziehungen zwischen Belarus sowie der Europäischen Union und den USA. Den Presseinformationen zufolge solle der Präsident mehrere Vorschläge des Außenministeriums zur Verbesserung der Beziehungen akzeptiert haben.
31.01.2013	Belarussische Grenzbeamten verbieten Nastassja Daschkewitsch, Aktivistin der »Jungen Front« und Ehefrau von Smizer Daschkewitsch, die Weiterfahrt nach Litauen und zwingen sie, aus dem Zug auszusteigen. Sie begründen dies damit, dass ihr Reisepass noch auf ihren Mädchennamen Palashenka ausgestellt sei, obwohl ihr zuvor die Meldebehörden in Minsk die weitere Gültigkeit des Passes versichert hatten.

Zusammengestellt auf der Grundlage der Meldungen der Nachrichten-Agentur BelaPAN und der Homepage naviny.by.

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und
Internationales Bildungs- und Begegnungswerk, Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Astrid Sahn (verantwortlich), Martin Schön-Chanishvili

Satz: Matthias Neumann

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 2192-1350 © 2013 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>



Belarus Perspektiven

- Seit mehr als zehn Jahren berichten die **Belarus Perspektiven** aus einem fast unbekanntem Land. Uns lesen Initiativen und Politiker, Journalisten und Unternehmer – all jene, die in Belarus etwas bewegen wollen.
- Durch unsere kritischen Berichte und Analysen sind unsere Leser nicht nur auf dem neuesten Stand – sie erfahren auch, was hinter den Kulissen geschieht.



IBB

Internationales
Bildungs- und
Begegnungswerk

- Autoren der **Belarus Perspektiven** sind namhafte belarussische Journalisten, unabhängige Medienvertreter, Wirtschaftsexperten und zivilgesellschaftliche Akteure.
- Die Zeitschrift erscheint **vierteljährlich** und kostet inklusive Versand **15,- € im Jahresabonnement**.
- Zu beziehen sind die **Belarus Perspektiven** beim IBB in Dortmund bzw. online unter <http://www.ibb-d.de/publikation-anfordernhtml.html>
- **Ältere Ausgaben** der **Belarus Perspektiven** finden Sie im Archiv als pdf-Datei zum **Download**, <http://www.ibb-d.de/bp-archiv.html>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de